

Adressaten: SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
An die Bundesregierung, vertreten durch Herrn Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, MdB, Andreas Lotte MdL, Klaus Barthel MdB, Maria Noichl MdEP.

Die Mitgliederversammlung des SPD Ortsverein Weilheim in Oberbayern möge beschließen:

1. Wir fordern die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments dazu auf, auf allen politischen Ebenen darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA (mit Kanada) und TTIP (mit den USA) unterbrochen werden (bzw. bleiben) bis in Deutschland und den weiteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein breiter gesellschaftlicher und politischer Dialog über die Inhalte der beiden genannten Abkommen stattgefunden hat.
Da dies nur möglich ist, wenn alle Dokumente öffentlich zugänglich sind, fordern wir alle Abgeordneten auf, größtmögliche Transparenz zu erzeugen und auf die Veröffentlichung aller Dokumente hinzuwirken.
2. Die Zustimmung zu CETA und TTIP darf von den Abgeordneten der S&D-Fraktion des Europäischen Parlaments nur dann erteilt werden, wenn mindestens die folgenden Anforderungen an beide Abkommen gewährleistet sind:
 - a. „Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren“ (ISDS), die es Investoren ermöglichen, Regierungen vor privaten Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen, dürfen nicht Gegenstand der o.g. Abkommen werden.
 - b. Es darf zu keiner Absenkung von Sozial-, Verbraucherschutz-, Lebensmittel-, Datenschutz- und Umweltstandards innerhalb der Europäischen Union kommen. Die hohen europäischen Standards müssen als Mindeststandards erhalten bleiben.
 - c. Es darf zu keiner Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen kommen, Arbeitnehmerrechte dürfen nicht angetastet werden bzw. muss deren Weiterentwicklung gewährleistet sein.
 - d. Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht Gegenstand internationaler Handelsabkommen sein.
 - e. Die Rechtsvorschriften zum Schutz und zur Förderung kultureller und regionaler Vielfalt müssen erhalten bleiben.
 - f. Es darf zu keiner Einschränkung der Rechte gewählter Parlamente kommen.

Begründung:

Zu 1.) Derart weitreichende Abkommen wie CETA und TTIP, die zahlreiche Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger Europas betreffen, dürfen nicht als ‚Geheimabkommen‘ hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Innerhalb der demokratischen Staatengemeinschaft Europas müssen nicht nur Verhandlungsmandate sondern auch alle Dokumente öffentlich gemacht werden, die den Fortschritt der Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada bzw. den USA belegen. Dies gilt insbesondere für die gewählten Abgeordneten aller Parlamente, die – im Gegensatz zu den Verhandlungsführern der Europäischen Kommission – direkt vom Wähler legitimiert sind.

Zudem muss den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Möglichkeit gegeben werden, politisch und gesellschaftlich über die Verhandlungsfortschritte zu beraten, damit nicht am Ende alternativlose Ergebnisse anstelle eines breiten Dialogs zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Wählern stehen.

Zu 2.) Die bisher veröffentlichten Dokumente lassen Befürchtungen entstehen, dass durch die Handelsabkommen CETA und TTIP die hohen europäischen Standards im Umwelt- und Datenschutz, bei Lebens- und Arzneimittelsicherheit, bei Sozial- und Arbeitsmarktstandards – die über Jahrzehnte auch und gerade von Sozialdemokraten errungen worden sind – aufgeweicht werden. Dies ist nicht hinnehmbar! Alle genannten Teilbereiche, bei denen Kanada bzw. die USA nicht bereit sind, die europäischen Standards zu akzeptieren, dürfen nicht Gegenstand des Abkommens werden. Dies beinhaltet auch die kommunale Daseinsvorsorge. Eine Liberalisierung in diesem Bereich kann nicht akzeptiert werden.

Zudem dürfen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats nicht in Frage gestellt werden. Dies beinhaltet zum einen die geplanten Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren, die eine Gerichtsbarkeit jenseits der ordentlichen Gerichtsbarkeit darstellen würden und somit zentrale rechtsstaatliche Prinzipien unterlaufen würden. Auch darf es zu keiner Einschränkung der Handlungsfreiheit gewählter Parlamente durch Handelsabkommen kommen. Das Primat muss weiterhin bei der Politik liegen, die Wirtschaft bzw. internationale (Groß)Konzerne dürfen nicht die Regeln diktieren, die unter Umständen über Generationen hinweg bindend sein können.

Die genannten Aspekte gelten in besonderem Maße auch für das Handelsabkommen CETA mit Kanada, da hier die Gefahr besteht, dass US-amerikanische Firmen ihre Firmensitze nach Kanada verlegen, um von den großzügigeren Regeln des CETA-Abkommens zu profitieren. Die Einführung von ISDS für US-amerikanische Unternehmen durch die ‚Hintertür‘ darf nicht akzeptiert werden, das CETA-Abkommen ist in diesem Fall vom Europäischen Parlament abzulehnen.